

Gewerkschaften für einen gerechten Strukturwandel

Der Kohleausstieg in Deutschland

Die Gewerkschaften stehen klar zu den nationalen, europäischen und internationalen Klimazielen. Der Wandel des Energiesektors weg von fossilen Energieträgern hin zu erneuerbaren Energien ist damit notwendig. Dieser Wandel muss jedoch aktiv gestaltet und begleitet werden, damit wir nicht nur die Klimaziele erreichen, sondern sozial und ökologisch nachhaltig handeln. Kein Beschäftigter darf ins Bergfreie fallen.

Gerechter Strukturwandel

Die Transformation hin zu einer nachhaltigeren Zukunft betrifft uns alle. Durch diese Transformation werden viele Dinge in Frage gestellt, die bisher alltäglich waren. Dieser Wandel ist nur dann schlecht, wenn er nicht aktiv gestaltet wird. Es dürfen nicht nur neue wirtschaftliche Perspektiven für Unternehmen geschaffen werden, sondern auch für die Beschäftigten und ganze Regionen. Die gewerkschaftliche Kernforderung ist deshalb Nachhaltigkeit mit Guter Arbeit zu verbinden – ein gerechter Strukturwandel also (Just Transition). So gewinnen Umwelt und Beschäftigte. Wie das gehen kann, zeigt der Kohleausstieg in Deutschland.

Gute Arbeit, Mitbestimmung, Tarifverträge, die Arbeit der Gewerkschaften vor Ort und soziale Sicherungssysteme sind deshalb wichtige Elemente, um einen erfolgreichen und gerechten Strukturwandel zu gestalten. Wird der Strukturwandel dem Markt überlassen, geht er zu Lasten der Beschäftigten und führt unweigerlich zu Strukturbrüchen. Die Mitarbeitenden sind es aber, die die Wirtschaft am Laufen halten. Ihre Meinung ist wichtig und muss berücksichtigt werden.



Die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (KWSB)

Die Kommission wurde von der Bundesregierung eingesetzt und bestand aus 31 Mitgliedern. Auch drei gewerkschaftliche Vertreter (DGB, IG BCE, ver.di) waren dabei. Der Auftrag der Kommission lautete einen sozial und wirtschaftlich verträglichen Kompromiss zu erarbeiten, wie Deutschland die Kohleverstromung schrittweise beenden, die Energiewende mit mehr Dynamik vorantreiben und neue Perspektiven für die Kohlereviere umsetzen kann. Die Arbeit der Kommission dauerte mehrere Monate. Schließlich wurde ein Abschlussbericht von der Kommission vorgelegt. Den Gewerkschaften waren hierbei vor allem die Absicherung der Beschäftigten und die regionale Strukturentwicklung durch gezielte und glaubwürdige Maßnahmen wichtig. Die Arbeit der KWSB hat gezeigt, dass es möglich ist, unterschiedliche Interessen zusammenzubringen, um gemeinsam eine nachhaltige Zukunft zu gestalten.

Rahmenbedingungen für einen sozialverträglichen Kohleausstieg

Ohne die Arbeit der Gewerkschaften in der Kommission wäre die Absicherung der Beschäftigten kein Thema gewesen. Die Gewerkschaften haben durchgesetzt, dass kein Bergmann oder Kraftwerker ins Bergfreie fällt. Mit einem Anpassungsgeld für ältere Beschäftigte gibt, sodass diese nach einer Übergangszeit von fünf Jahren abschlagsfrei in die Rente gehen können. Außerdem sind Steinkohlekraftwerksbetreiber dazu verpflichtet, einen Tarifvertrag zur Stilllegung auszuhandeln. So werden soziale Härten vermieden. Wichtig ist auch, dass neue, gute Arbeitsplätze in den betroffenen Regionen entstehen müssen.

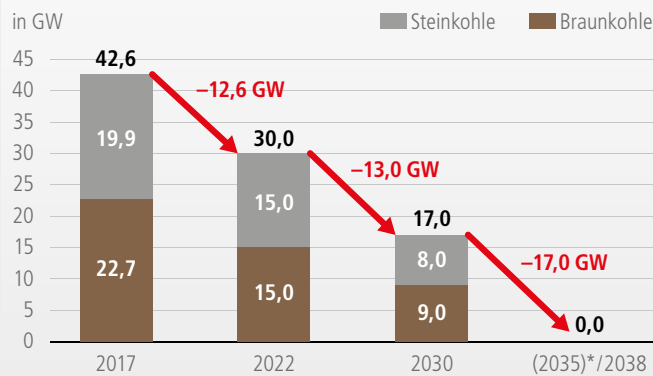


Zeitplan des Kohleausstiegsgesetzes

Spätestens 2038 soll das letzte Kohlekraftwerk in Deutschland vom Netz gehen. Das Gesetz eröffnet zudem die Option den Kohleausstieg auf das Jahr 2035 vorzuziehen. Um zu überprüfen, ob der Ausstiegspfad erfolgreich verläuft und das Enddatum ggf. vorgezogen werden kann, wurde ein Monitoring in den Jahren 2023, 2026, 2029 und 2032 festgeschrieben. Hierbei wird es aus Sicht der Gewerkschaften darauf ankommen, dass ausreichend neue und gute Ersatzarbeitsplätze entstehen und der Fortgang der Energiewende erfolgreich verläuft.

Abbildung 1

Gesetzlicher Reduzierungspfad für den Kohleausstieg



Quelle: Abschlussbericht KWSB; eigene Darstellung



Strukturwandel gestalten

Der schrittweise Ausstieg aus der Kohleverstromung macht eine gute Strukturentwicklung in den Regionen möglich. Dafür wurden im Strukturstärkungsgesetz Gelder von 40 Mrd. Euro zugesagt. Wie genau die Strukturentwicklung vor Ort aussieht, soll regelmäßig überprüft werden, damit gute Arbeitsplätze in den Regionen entstehen. Das geht nur mit tarifgebundenen und mitbestimmten Arbeitsplätzen, die an den Qualifikationen der Beschäftigten, sowie den individuellen Stärken der Region anknüpfen. Dafür engagieren sich die Gewerkschaften vor Ort und werden sich in die Debatten und Entscheidungen um die Strukturentwicklung einbringen. Sie kämpfen dafür, dass neue gute Arbeitsplätze und Energieregionen mit Zukunft geschaffen werden.

Einstieg in die erneuerbaren Energien

Ein Fünftel des Primärenergieverbrauchs in Deutschland (Stand 2018) wird gegenwärtig durch Stein- und Braunkohle abgedeckt. Dieses Fünftel muss nun durch den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien ersetzt werden. Dazu muss der jährliche Zubau von Wind und Photovoltaik massiv erhöht werden, was entsprechende Flächen für den Ausbau voraussetzt. Neben der Stromversorgung spielt die Kohle auch bei der Fernwärmeversorgung für Städte, Gewerbe und Industrie eine wichtige Rolle. Auch hier braucht es dringend Alternativen etwa durch umweltfreundliche Kraft-Wärme-Kopplung, Biomasse oder Großwärmepumpen, damit die Wärmeversorgung gesichert bleibt.



V.i.S.d.P.

Stefan Körzell

Mitglied des DGB-Bundesvorstands

Kontakt

Frederik Moch

Abteilungsleiter Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik

Frederik.Moch@dgb.de

Patrizia Kraft

Energiepolitik

Patrizia.Kraft@dgb.de